

Andreas Anton ist der Kandidat der Liberalen

Pressemitteilung (pm)

17. September 2024



Die Wahl des Kandidaten für die kommende Bundestagswahl fiel den Delegierten der Kreisverbände Rottweil und Tuttlingen nach eigenen Angaben nicht schwer. Mit dem Trossinger Dr. Andreas Anton, kurz zuvor zum neuen Tuttlinger Kreisvorsitzenden gewählt, stellte sich ein Kommunalpolitiker zur Wahl, der auch in den höheren Ebenen der Partei gut vernetzt sei, heißt es in einer Pressemitteilung.

Region Rottweil. Anton ist 40 Jahre, Vater von drei Söhnen und arbeitet als Soziologe an einem Forschungsinstitut in Freiburg. Er ist Vorsitzender des Trossinger FDP-Ortsverbandes, stellvertretender Bezirksvorsitzender und Beisitzer im Landesvorstand der Liberalen in Baden-Württemberg. Seit der Kommunalwahl ist er im Trossinger Gemeinderat sowie im Tuttlinger Kreistag. Er folgt als Kreisvorsitzender dem Tuttlinger Hans-Peter Bensch, der den FDP-Kreisverband seit 2008 anführte, Ende Juli aber aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten war. Anton würdigte die herausragenden Leistungen seines Vorgängers für den Kreisverband und die gesamte Partei und schlug vor, Bensch zum Ehrenvorsitzenden zu wählen, was die Versammlung einstimmig bestätigte.

In seiner Rede zur Nominierung zur Bundestagswahl ging Anton, der bereits 2021 für den Bundestag kandidierte und das bundesweit beste Gesamtergebnis aller FDP-Kandidaten erzielte, auf zentrale aktuelle politische Herausforderungen wie etwa den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ein. „Die Ampel-Koalition hatte praktisch von Anfang an mit den Auswirkungen dieses Krieges zu kämpfen“, so Anton. Anfangs seien gute und richtige Entscheidungen getroffen worden. So sei es im ersten Kriegswinter zu keinen nennenswerten Energieengpässen gekommen, was vor allem auf das schnelle und entschiedene Handeln der Bundesregierung zurückzuführen gewesen sei.

Rückblickend auf seine Rede vor vier Jahren zur Nominierung zum Bundestagskandidaten gestand er, dass die Vision, die er damals noch gehabt habe, dass die USA, Europa und Russland gemeinsam eine friedenssichernde Ordnung hätten bilden können, mit dem Angriffskrieg Putins auf die Ukraine gescheitert sei. Mit einem Verweis auf die „lange, erfolgreiche und ehrenvolle außenpolitische Tradition der FDP“ betonte Anton die Bedeutung des diplomatischen Einsatzes für Freiheit, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. „Elemente, die seit jeher zur DNS der FDP gehören“, betonte Anton.

Der Krieg in der Ukraine ist für den Liberalen ein Epochenbruch, ein Angriff auf die Friedens- und Freiheitsordnung in Europa: „Freiheit ist unverhandelbar“, sagte Anton und kritisierte, dass Politiker in Deutschland und anderen europäischen Ländern von ganz links und ganz rechts wegen wirtschaftlicher Nachteile über die Köpfe der Ukraine hinweg mit Russland verhandeln wollen. „Politikern, die wegen vermeintlich strategischen Vorteilen so leichtfertig die Freiheit eines anderen Landes aufgeben, möchte ich keine Verantwortung für die Freiheit in unserem Land übergeben.“ Mit Blick auf das wachsende Handelsbündnis BRICS forderte Anton eine „Welt-Freihandelszone der Demokratien“. „Es kann nicht sein, dass von Autokratien dominierte Handelsbündnisse ein Abkommen nach dem anderen abschließen, während wir an einem Freihandelsabkommen mit den USA scheitern“, so der Liberale.

Angesichts der wirtschaftlichen Lage in Deutschland plädierte Anton dafür, die Wirtschaft schnell und deutlich bei Steuern und Energiekosten zu entlasten und darüber hinaus weitere Anstrengungen bei der Entbürokratisierung. Der Bürokratieabbau dürfe nicht vom Willen der jeweiligen Regierungskoalition abhängig gemacht werden, sondern müsse „Kernaufgabe staatlichen Handelns sein und nicht nur politische Handlungsoption“. Anton schwebt ein dauerhaftes Gremium oder ein mit mehr Befugnissen ausgestatteter Normenkontrollrat vor, um den „bürokratischen Wucherungen in unserem Land etwas entgegenzusetzen“.

Zum Thema Migration führte Anton aus, dass Deutschland angesichts des demografischen Wandels dringend auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sei. Die Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte habe sich, so Anton, zu wenig um dieses Thema gekümmert. „In den vergangenen Jahrzehnten hat die Politik sich viel zu wenig um Fachkräftezuwanderung bemüht, gleichzeitig aber eine sehr große Zahl von Geflüchteten und Asylbewerbern nach Deutschland gelassen. Das ist keine gesunde Migrationspolitik“, so Anton. Selbstverständlich werde Deutschland auch in Zukunft Menschen in Not aufnehmen und ihnen Schutz bieten, führte Anton weiter aus, „aber wir müssen anerkennen, dass unsere finanziellen und gesellschaftlichen Kapazitäten zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten begrenzt sind und dies in politisches Handeln umsetzen“.